

Außenwirtschaft aktuell



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

05 2020

Veranstaltungen/Unternehmerreisen	3
Webinar „Brexit und Corona: Wie navigiert die britische Wirtschaft durch die Krise?“ am 19. Mai	3
Webinar „Aktuelle wirtschaftsrechtliche Entwicklungen in China“ am 27. Mai.....	3
Webinar „Dos und Don'ts bei der Gestaltung von Schiedsklauseln“ am 9. Juni.....	3
Webinar-Serie Navigator.....	4
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	5
Argentinien: Ausfuhrgenehmigung für Sauerstoffgeräte	5
Argentinien: Zollbefreiungen aufgrund der Covid-19-Pandemie	5
Brasilien: Ausfuhrbeschränkungen für medizinische Produkte.....	5
Brexit: Europäische Chemikalienagentur aktualisiert Hinweise für Unternehmen	6
Brexit: EU-Kommission aktualisiert Hinweise zur Vorbereitung auf No-Deal-Szenario	6
Brexit: Kaum Fortschritte bei Verhandlungen	6
Deutschland: Ausweitung der Länder für Exportkreditgarantien.....	7
Deutschland: Import medizinischer Hilfsgüter.....	8
Deutschland: Maßnahmen im Bereich Steuern und Zoll aufgrund der Corona-Krise.....	8
EU: Zusätzlicher Zoll auf bestimmte Waren mit US-Ursprung	8
Eurasische Wirtschaftsunion: Liste der vom Einfuhrzoll befreiten Waren erweitert.....	9
Eurasische Wirtschaftsunion: Weitere Ausfuhrverbote für Lebensmittel.....	10
Marokko: Verlängerung der Frist zur Einführung des Konformitätsprogramms für Industrieprodukte....	10
Schweiz: Zollfreie Einfuhr medizinischer Güter.....	11
Türkei: Erleichterungen bei der Einfuhr von Lebensmitteln	11
Ländernotizen	12
China: Angespannte Lage im Einzelhandel	12
China: Konjunktur leidet unter wegbrechendem Exportgeschäft.....	12
EU: Chinesische Schutzmasken auf dem Prüfstand.....	12
Niederlande: Häfen arbeiten trotz Covid-19	13
Russland: Aussetzung von Getreideexporten	14
Slowakei: Coronavirus zerstört das Wachstum.....	14
Taiwan: Wirtschaft hält sich wacker	14

USA: Nachfrage nach Handdesinfektionsmittel geht durch die Decke.....	15
USA: Mögliche Strukturveränderungen aufgrund der Corona-Pandemie.....	15
Veröffentlichungen	17
AHK Word Business Outlook 2020.....	17
GTAI-Sonderseite: Coronavirus - wirtschaftliche Auswirkungen auf Auslandsmärkten	18
Allgemeines	18
Covid-19 Response: Bundesministerium fördert Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern	18
Kontaktstellen zum Thema Lieferketten.....	18
Matchmaking-Plattform Leverist.de.....	19
Übersetzungs-Tool der Europäischen Kommission	19
Impressum	20

Veranstaltungen/Unternehmerreisen

Webinar „Brexit und Corona: Wie navigiert die britische Wirtschaft durch die Krise?“ am 19. Mai

Wo trifft Covid-19 die Wirtschaft besonders hart und wo ergeben sich Chancen? Wie reagiert der deutsch-britische Handel? Und was sollten deutsche Unternehmen für ihr Geschäft auf der britischen Insel aus rechtlicher und zollrechtlicher Sicht beachten? Diese Fragen beantworteten Referenten von Germany Trade & Invest (GTAI) in einem kostenfreien Webinar am 19. Mai um 15:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter:

<https://register.gotowebinar.com/register/8335334284908111887>

Webinar „Aktuelle wirtschaftsrechtliche Entwicklungen in China“ am 27. Mai

Im Rahmen des kostenfreien Webinars von Germany Trade & Invest (GTAI) werden Themen wie das neue „Gesetz über ausländische Investitionen“ (Foreign Investment Law), das im Entstehen befindliche chinesische Zivilgesetzbuch und der gewerbliche Rechtsschutz beleuchtet. Das Webinar findet statt am 27. Mai um 15:00 Uhr und richtet sich an Unternehmer, die bereits im Chinageschäft aktiv sind oder einsteigen möchten, Unternehmensjuristen, Rechtsberater, Studierende sowie alle am chinesischen Recht Interessierten. Weitere Informationen und Anmeldung unter:

<https://register.gotowebinar.com/register/7940703068604156685>

Webinar „Dos und Don'ts bei der Gestaltung von Schiedsklauseln“ am 9. Juni

Die Mehrzahl der grenzüberschreitenden Wirtschaftsverträge beinhaltet heutzutage eine Schiedsklausel. Das Webinar von Germany Trade & Invest (GTAI) am 9. Juni um 15:00 Uhr gibt einen kompakten Überblick über relevante Aspekte, die bei der Verhandlung und Gestaltung von Schiedsklauseln in internationalen Ver-

trägen zu beachten sind. Streitbeilegungsklauseln werden im Rahmen von Vertragsverhandlungen häufig vernachlässigt. Dabei kann eine durchdachte Streitbeilegungsklausel im Falle einer Rechtsstreitigkeit Vorteile gewähren und Unannehmlichkeiten ersparen. In der Praxis finden sich zahlreiche „pathologische Schiedsklauseln“, deren Wirksamkeit und Erfüllbarkeit zumindest fraglich erscheint und dadurch das Schiedsverfahren und die Vollstreckbarkeit des Schiedsspruches gefährden. Auch mehrstufige Klauseln, die Auswahl des geeigneten Schiedsorts und der anwendbaren Schiedsregeln, sowie das opting-in bzw. -out bei zunehmend komplexer werdenden Schiedsregeln verdienen mehr Aufmerksamkeit. Anhand von praktischen Beispielen beleuchtet das Webinar notwendige und fakultative Inhalte einer Schiedsklausel, nennt häufige Fehlerquellen und behandelt aktuelle Fälle aus der Rechtsprechung. Weitere Informationen und Anmeldung unter:

<https://register.gotowebinar.com/register/423627942570032397>

Webinar-Serie Navigator

Noch bis zum 15. Mai bietet der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in Kooperation mit den Industrie- und Handelskammern (IHKs) und den Deutschen Auslandshandelskammern (AHK) interessierten Unternehmen mit der Webinar-Serie „Navigator“ aktuelle Informationen zu weltweiten Märkten in der Corona-Krise an. Die Experten der AHKs vor Ort informieren komprimiert über aktuelle Fragestellungen wie Lieferketten, Reise-Möglichkeiten von Mitarbeitern, Angebote zur Kurzarbeit, Steuerstundung, Cash-Support etc. In den jeweils 45-minütigen Webinaren geben die AHKs einen Überblick über aktuelle Maßnahmen der jeweiligen Regierungen zur Unterstützung von lokalen Unternehmen. Weitere Informationen, Anmeldemöglichkeiten und Aufzeichnungen vergangener Webinare unter:

<https://www.ahk.de/webinarserie-navigator>

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Argentinien: Ausfuhrgenehmigung für Sauerstoffgeräte

Bonn (GTAI) - Seit dem 20. März 2020 können Geräte für die Sauerstofftherapie, Teile und Zubehör (Position 9019 20 10 des gemeinsamen Zolltarifs des Mercosur) nur noch mit einer Genehmigung des Ministeriums für produktive Entwicklung (Ministerio de Desarrollo Productivo) aus Argentinien exportiert werden. Auch ist eine Genehmigung des Ministeriums für Gesundheit notwendig. Die Maßnahme wird bis zum 12. März 2021 gelten.

Argentinien: Zollbefreiungen aufgrund der Covid-19-Pandemie

Bonn (GTAI) – Argentinien hat für die Versorgung unbedingt notwendige Sanitärprodukte, Schutzausrüstungen und medizinische Geräte von den Einfuhrzöllen und der Statistikgebühr befreit. Die Einfuhrzölle betragen im Regelfall bis zu 20 Prozent. Die Statistikgebühr beträgt drei Prozent. Zu den von der Maßnahme betroffenen Produkten zählen Desinfektionsmittel, chirurgische Handschuhe, Operationsschutzmasken, Elektrokardiografen und Ultraschallgeräte. Die Maßnahme gilt seit dem 3. April 2020 für die Dauer des nationalen Notstandes.

Brasilien: Ausfuhrbeschränkungen für medizinische Produkte

Sao Paulo (GTAI) - Seit dem 20. März 2020 mussten Exporteure von medizinischen Ausrüstungsgegenständen, Geräten und weiteren zur Bekämpfung der Corona-Pandemie benötigten Produkten gemäß Resolution 352 der brasilianischen Regierung vor der Ausfuhr bei der Gesundheitsbehörde Agencia Nacional de Vigilancia Sanitaria (ANVISA) eine Genehmigung beantragen. Nun hat die ANVISA den Kreis der betroffenen Produkte geändert. Eine Genehmigung benötigen nun Exporteure von Arzneistoffen und Schmerzmitteln wie Chloroquin, Fentanyl, Propofol und Acetromizin in Rohform, als Halbfertigprodukt und als Fertigprodukt. Die Maßnahme gilt vorübergehend seit dem 13. April 2020.

Brexit: Europäische Chemikalienagentur aktualisiert Hinweise für Unternehmen

Helsinki (ECHA) - Am 30. März hat die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) Unternehmen geraten, ihre Betroffenheit zu prüfen. UK-basierte Registrierungen und Autorisierungen für Chemikalien sollten nach Empfehlung der ECHA in einen EU-Mitgliedstaat übertragen werden, bevor die Übergangsphase endet. Nur noch bis zum Ablauf der Übergangsphase finden EU-Regularien zu chemischen Stoffen, die von der ECHA betreut werden, für das UK Anwendung. Downstream-User in der EU sollten nach Hinweis der ECHA die Liste der von in UK-basierten Firmen registrierten Stoffe auf der ECHA-Webseite prüfen, um ihre Betroffenheit zu ermitteln:

<https://echa.europa.eu/information-on-chemicals/registered-substances>

Brexit: EU-Kommission aktualisiert Hinweise zur Vorbereitung auf No-Deal-Szenario

Brüssel (Europäische Kommission) - Am 29. April hat die EU-Kommission aktualisierte Hinweise für Vorbereitungen auf ein No-Deal-Szenario veröffentlicht. Die Hinweise richten sich an die Stakeholder, die im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen betroffen sein werden. Die Hinweise betreffen die Luft- und Schifffahrt, das Transportwesen, die Lebensmittelbranche und die Chemie- und Kosmetikbranche. Weitere Informationen unter:

<https://ec.europa.eu/info/european-union-and-united-kingdom-forging-new-partnership/future-partnership/getting-ready-end-transition-period#readiness-notices>

Brexit: Kaum Fortschritte bei Verhandlungen

Brüssel (Europäische Kommission) - In einer Pressekonferenz am 24. April hat der Chefunterhändler der EU in den Post-Brexit-Verhandlungen, Michel Barnier, die britischen Verhandlungspartner dazu aufgefordert, gemeinsam mit der EU auf ein Vorankommen hinzuarbeiten. Dem Ziel, bis zum Sommer deutliche Fortschritte zu machen, sei man in der letzten Verhandlungsrunde nicht nähergekommen. Insbe-

sondere beim Level Playing Field, also dem Ziel, gleiche Bedingungen und einheitliche Standards auf wirtschaftlicher Ebene zu schaffen, sowie bei einem Fischereiabkommen habe es keine Fortschritte gegeben. Zudem würden sich die UK-Vertreter weiterhin einer Verlängerung der Übergangsphase verweigern, obwohl ein Abkommen noch in diesem Jahr eher unwahrscheinlich erscheint. Geeignet haben sich beide Seiten auf eine „High-Level-Conference“ im Juni, auf der die bis dahin erzielten Ergebnisse besprochen werden sollen.

Deutschland: Ausweitung der Länder für Exportkreditgarantien

Berlin (DIHK) – Exportgeschäfte zu kurzfristigen Zahlungsbedingungen können auch innerhalb der EU und in bestimmten OECD-Ländern mit staatlichen Exportkreditgarantien abgesichert werden. Dies hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzministerium (BMF) beschlossen. Ab sofort können Exportgeschäfte zu kurzfristigen Zahlungsbedingungen (bis 24 Monate) auch innerhalb der EU und in bestimmten OECD-Ländern mit staatlichen Exportkreditgarantien des Bundes abgesichert werden können. Damit können insbesondere mögliche Engpässe im privaten Exportkreditversicherungsmarkt aufgefangen werden. Ermöglicht wird dies durch einen Beschluss der Europäischen Kommission vom 27. März, die Bestimmungen der sogenannten Kurzfristmitteilung zu ändern. Damit wird die Liste der marktfähigen Risiken, also der Länder, für die normalerweise keine Absicherung durch staatliche Exportkreditgarantien zulässig ist, vorübergehend gestrichen. Die Kommission hat damit schnell und flexibel auf die Bitten mehrerer Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, reagiert. Sie hat den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eröffnet, zeitnah und entschlossen zu reagieren, sollten sich private Exportkreditversicherer als Reaktion auf die Corona-Pandemie zurückziehen. Begünstigte Länder sind neben der EU auch Australien, Island, Japan, Kanada, Neuseeland, Norwegen, Schweiz, USA und das Vereinigte Königreich. Die erweiterten Deckungsmöglichkeiten sind zunächst bis zum 31. Dezember 2020 befristet. Einzelheiten zu den erweiterten Deckungsmöglichkeiten für das Kurzfristgeschäft finden sich unter:

<https://www.agaportal.de/exportkreditgarantien/praxis/marktfaehige-risiken>

Deutschland: Import medizinischer Hilfsgüter

Bonn (Generalzolldirektion) – Die Generalzolldirektion informiert, dass seit dem 27. März eine neue Unterlagencodierung in ATLAS-Einfuhr zur Verfügung steht: 9DFA „Einfuhr von medizinischen Hilfsgütern aufgrund der Corona-Situation“. Dies soll für eine eindeutige Identifizierung und eine vorrangige Zollabfertigung dieser Güter sorgen. Weitere Informationen in der ATLAS-Teilnehmerinfo 0026/20:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Links-fuer-Inhaltseiten/Fachthemen/Zoelle/Atlas/2020/info_0026_20.pdf

Deutschland: Maßnahmen im Bereich Steuern und Zoll aufgrund der Corona-Krise

Bonn (Generalzolldirektion) – Die deutsche Zollverwaltung hat auf ihrer Homepage weitere Maßnahmen im Zuge der Einschränkungen durch das Coronavirus veröffentlicht. Dazu gehört neben Erleichterungen im Bereich der Kommunikation und eventuellen individuellen Verlängerungsmöglichkeiten von Verwahr- und Gestellungsfristen auch zunächst die Stundung von Zöllen gegen eine Sicherheitsleistung. Weitere Informationen unter:

https://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Zoelle/Coronakrise/coronakrise_node.html

EU: Zusätzlicher Zoll auf bestimmte Waren mit US-Ursprung

Brüssel (GTAI) – Die Europäische Union wird ab dem 8. Mai zusätzliche Zölle auf folgende Waren mit Ursprung in den USA erheben:

KN-Code	Warenbezeichnung	Zusätzlicher Wertzoll
9613 80 00	andere Feuerzeuge und Anzünder	20 %
3926 30 00	Beschläge für Möbel, Karosserien und dergleichen	7 %

In einer zweiten Stufe ist folgender zusätzlicher Zoll vorgesehen:

KN-Code	Warenbezeichnung	Zusätzlicher Wertzoll
9504 40 00	Spielkarten	4,4%

Dieser Zoll wird ab 8. Februar 2023 erhoben oder sobald eine Entscheidung des WTO-Streitbeilegungsgremiums vorliegt, sofern dies vor dem 8. Februar 2023 ge-

schieht. Grund für die Einführung sind zusätzliche Zölle der USA auf Einfuhren bestimmter Aluminium- und Stahlerzeugnisse aus der EU.

Eurasische Wirtschaftsunion: Liste der vom Einfuhrzoll befreiten Waren erweitert

Moskau (GTAI) - Innerhalb weniger Tage haben die Regierungen der Mitgliedsländer in der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) zusammen mit den autorisierten nationalen Abteilungen entschieden, die Liste der vom Importzoll befreiten Waren zu erweitern. Im Vordergrund steht dabei, die negativen wirtschaftlichen Folgen der Ausbreitung der Coronavirus-Infektion zu minimieren und sich der veränderten Nachfrage der Bevölkerung und der medizinischen Organisationen anzupassen. Die Liste der Produkte umfasst vor allem bestimmte Agrar- und Lebensmittelprodukte:

- Kartoffeln
- Zwiebeln
- Knoblauch
- Kohl
- Karotten
- Paprika
- Roggen
- Langkornreis
- Buchweizen
- Säfte und Fertiggerichte für Babynahrung
- ausgewählte fertige Arzneimittel und medizinische Produkte
- berührungslose Thermometer
- Einwegpipetten
- mobile Desinfektionsgeräte

Auch die Liste der Waren, die zur Herstellung von Arzneimitteln sowie für medizinische Versorgung verwendet werden, erweiterte die EAWU. Letztere Liste gilt seit dem 16. März und soll bis 30. September 2020 weiterhin gelten. Darüber hinaus beschloss der Rat die Verwendung von Ursprungszeugnissen der Form A, welche von Entwicklungs- und am wenigsten entwickelten Ländern ausgestellt

werden, vorübergehend zu vereinfachen. Die nächsten sechs Monate ist es demnach nicht erforderlich, die Ursprungszeugnisse im Original vorzuweisen. Eine elektronische Kopie ist stattdessen ausreichend.

Eurasische Wirtschaftsunion: Weitere Ausfuhrverbote für Lebensmittel

Moskau (GTAI) – Der Vorstand der Eurasischen Wirtschaftskommission (EAWU) hat ein weiteres Ausfuhrverbot für einige Lebensmittel beschlossen, das vorerst bis zum 30. Juni 2020 gelten soll. Von dem Ausfuhrverbot betroffen sind:

- Zwiebeln
- Knoblauch
- Rüben
- Roggen
- Reis
- Buchweizen
- Hirse
- Getreide
- Vollkornmehl

Das Verbot wurde beschlossen, um der Bevölkerung während der Verschärfung der Situation durch die Coronavirus-Infektion eine ausreichende Menge an Waren zur Verfügung stellen zu können. Diese Maßnahme ist bereits die zweite dieser Art. Zuvor hatte die EAWU am 24. März die Ausfuhr von persönlicher Schutzausrüstung, Desinfektionsmittel und Medizinprodukten vorübergehend verboten.

Marokko: Verlängerung der Frist zur Einführung des Konformitätsprogramms für Industrieprodukte

Casablanca (Deutsche Industrie- und Handelskammer in Marokko) – Die marokkanische Regierung hat aufgrund des aktuellen Gesundheitsnotstands die Übergangsfrist für die Einführung des neuen Konformitätsprogramms für Industrieprodukte, die ursprünglich vom 1. Februar bis zum 19. April 2020 vorgesehen war, bis zum 19. Juni 2020 verlängert. Für die vom Konformitätsprogramm er-

fassten Produktgruppen (u. a. elektrische Geräte und weitere elektrische Produkte, Baustoffe, Textilien, Bekleidung, Schuhe, Leder, Spielzeug, chemische Produkte, Kunststoffprodukte, Autoersatzteile sowie Reifen, Waren, die mit Lebensmitteln in Kontakt kommen) wird für den Import ein Konformitätszertifikat (Certificate of Conformity (CoC)) verlangt, das von einer zuständigen Zertifizierungs-/Inspektionsfirma auszustellen ist (in Deutschland sind die Prüfdienstleister TÜV Rheinland sowie Bureau Veritas für das Programm akkreditiert). Einige Produktgruppen unterliegen hierbei einer Vorversandkontrolle im Abgangsland (Pre-Shipment-Inspection), für andere Produkte ist eine Inspektion nach dem Eintreffen in Marokko vorgeschrieben (Destination-Inspection).

Schweiz: Zollfreie Einfuhr medizinischer Güter

Bonn (GTAI) – Die Schweiz gestattet seit dem 10. April die zollfreie Einfuhr medizinischer Schutzausrüstung und anderer Verbrauchsmaterialien, die bei der Bekämpfung des Coronavirus benötigt werden. Hierzu zählen unter anderem Masken, Untersuchungshandschuhe, Schutzkleidung, Schutzbrillen und Desinfektionsmittel. Die entsprechende Verordnung gilt bis zum 9. Oktober 2020. Sie gilt auch für private Importeure. Die Zolltarifnummern der betroffenen Waren können dem Anhang der Verordnung über die vorübergehende Aussetzung von Zollansätzen für medizinische Güter entnommen werden:

<https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/60920.pdf>

Türkei: Erleichterungen bei der Einfuhr von Lebensmitteln

Bonn (GTAI) – Bei der Einfuhr von Lebensmitteln akzeptiert die Türkei die Vorlage von Gesundheitszeugnissen in elektronischer Form. Als Folge der Coronakrise war es zu Problemen bei der Übersendung von Gesundheitszeugnissen im Original gekommen. Die Erleichterung gilt bis zum Ende der Pandemie.

Ländernotizen

China: Angespante Lage im Einzelhandel

Hongkong (GTAI) – Im 1. Quartal 2020 sank der Einzelhandelsumsatz in China um 19 Prozent. Im April trat zwar Besserung ein. Trotzdem bleibt die Lage – wohl bis in den Herbst hinein – schwierig. Die Corona-Pandemie hat im Einzelhandelssektor der Volksrepublik tiefe Spuren hinterlassen. Ganze Metropolregionen standen zeitweise unter Quarantäne; viele Menschen konnten ihre Häuser nicht verlassen. Die meisten Geschäfte und Restaurants blieben vorübergehend geschlossen. Damit konnte die Bevölkerung auch nicht ihrer Lieblingsbeschäftigung, dem Shoppen, nachgehen. Immerhin bot der bereits gut etablierte E-Commerce eine bequeme Ausweichmöglichkeit. Eigentlich hatten die Chinesen nun genügend Zeit, um in Ruhe ihren Online-Einkäufen nachzugehen. Doch die Angst vor Ansteckung sowie vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes drückte auf die Konsumlaune.

China: Konjunktur leidet unter wegbrechendem Exportgeschäft

Hongkong (GTAI) – Chinas Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist laut dem nationalen Statistikamt im 1. Quartal 2020 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um real fast sieben Prozent geschrumpft. Seitdem hat sich die Lage im Land zwar deutlich verbessert. Doch zugleich bricht die Nachfrage aus dem Ausland weg. Viele Firmen arbeiten im April/ Mai 2020 noch ihre liegengebliebenen Aufträge ab. Danach müssen sie ihre Produktion drosseln.

EU: Chinesische Schutzmasken auf dem Prüfstand

Bonn (GTAI) – Wer in Zeiten von Covid-19 medizinische oder persönliche Schutzausrüstung in China beschaffen will, muss Einiges beachten. Es gilt: Vorsicht ist besser als Nachsicht. Seit Monaten läuft die Produktion von medizinischer und persönlicher Schutzausrüstung (Personal Protective Equipment; PPE) im Reich der Mitte auf Hochtouren. Ein Ende ist nicht in Sicht, die Nachfrage riesig – auch aus Deutschland. Doch Beschaffungssituation und Logistik sind komplex. Bei den deutschen Auslandshandelskammern, Konsulaten sowie der Botschaft häufen

sich die Anfragen. Gerade Unternehmen ohne entsprechende Beschaffungserfahrung im internationalen Handel mit China, geschweige denn im Handel mit medizintechnischen Produkten, tun sich schwer. Experten empfehlen daher die Zusammenarbeit mit erfahrenen (Handels-)Firmen, um Betrugsfälle, mangelhafte Produkte und Missverständnisse zu vermeiden.

Niederlande: Häfen arbeiten trotz Covid-19

Berlin (GTAI) - Die großen internationalen Häfen in den Niederlanden und Belgien sind auch seit Ausbruch der Corona-Pandemie in allen Segmenten funktionsfähig. Dabei sind in der Regel besondere Hygiene- bzw. Sicherheitsmaßnahmen zu beachten. In den meisten Häfen hat sich im Laufe des ersten Quartals 2020 die Corona-Krise negativ auf den Warendurchgang ausgewirkt. So gab es in Europas größtem Hafen Rotterdam einen Umschlagrückgang von 9,3 Prozent im Vergleich zu den ersten drei Monaten 2019. Die Betreibergesellschaft erwartet, dass es im Gesamtjahr 2020 zu einer Abnahme zwischen zehn und 20 Prozent kommen wird. Ein um 6,6 Prozent geringeres Güteraufkommen hat auch die niederländisch-belgische North-Sea-Port-Gesellschaft im ersten Vierteljahr 2020 registriert. Europas zweitgrößter Hafen Antwerpen hat dagegen im ersten Quartal 2020 ein Umschlagplus von vier Prozent erzielt. Dies ist jedoch den starken ersten Wochen des Jahres geschuldet. In Zeebrugge war der Umschlag zwischen Januar und März 2020 sogar um 34,3 Prozent höher als im selben Vorjahreszeitraum. Dies lag jedoch an stark erweiterten LNG-Kapazitäten. In anderen Segmenten gab es Rückgänge. Zudem hat sich der Durchlauf im März 2020 verlangsamt. Dies führt dazu, dass der Hafen Zeebrugge kurzfristig zusätzliche Stellflächen bereitstellt. Der Gesamtumschlag der großen niederländischen und belgischen Nordseehäfen hat 2019 etwa 912 Millionen Tonnen erreicht. Sie haben für den deutschen Außenhandel strategische Bedeutung, da dort globale Warenströme zusammenkommen.

Russland: Aussetzung von Getreideexporten

Moskau (GTAI) - Bis zum 1. Juli 2020 setzt Russland seine Getreideexporte in die Länder aus, die nicht Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion sind. Das am 1. April festgelegte nichttarifäre Kontingent für Getreideexporte aus Russland in Höhe von sieben Millionen Tonnen ist vollständig ausgeschöpft. Daher beschloss die russische Regierung ein vollständiges Ausfuhrverbot für diese Waren. Zu den betroffenen Waren gehören: Weizen, Meslin, Roggen, Gerste und Mais. Das russische Landwirtschaftsministerium betonte, dass die restriktive Maßnahme einerseits zur Stabilisierung der Getreidepreise und andererseits auch zur Sicherung des Inlandsbedarfs an Getreide und seinen verarbeiteten Produkten beitragen sollte. Außerdem stellte das Landwirtschaftsministerium klar, dass die Beschränkungen die Erreichung der Ziele staatlicher Pläne für den Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Jahr 2020 nicht beeinträchtigen werden.

Slowakei: Coronavirus zerstört das Wachstum

Bratislava (GTAI) - Die Slowakei ist dank früher und rigoroser Maßnahmen von der eigentlichen Corona-Infektionswelle kaum betroffen. Dafür hat es die Wirtschaft des exportabhängigen Landes erwischt. Die Notstandsmaßnahmen haben große Teile des slowakischen Dienstleistungssektors zum Stehen gebracht. Sie schlagen in Verbindung mit Einkommenseinbußen durch Quarantäneregulungen oder Kurzarbeit direkt auf den privaten Verbrauch durch. Indirekt sind durch ähnliche Maßnahmen bei den Handelspartnern auch slowakische Lieferketten und Absatzmärkte in Mitleidenschaft gezogen worden. Das hat negative Folgen für die Industrieproduktion und den Außenhandel. Die hohe Abhängigkeit vom Export und von der Kraftfahrzeugindustrie macht die kleine Volkswirtschaft im globalen Covid-19-Umfeld besonders verletzlich.

Taiwan: Wirtschaft hält sich wacker

Taipei (GTAI) - Taiwan hat die Corona-Krise bislang gut im Griff. Doch die wirtschaftlichen Folgen sind spürbar, einige Branchen leiden. Nachdem die offizielle Prognose für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) für 2020 im März von 2,7 Prozent auf 2,3 Prozent herunterschraubt wurde, zogen private Finanzinstitute nach.

Die Vorhersagen waren dabei noch pessimistischer und erreichten zum Teil Werte von nur noch knapp einem Prozent Wachstum. Eine Rezession wird bisher noch nicht prognostiziert. Viel wird von einer etwaigen Erholung der chinesischen Wirtschaft abhängen, die mehr als 40 Prozent der taiwanischen Exporte abnimmt. Die Regierung in Taipei versucht mittels der Umsetzung von Hilfspaketen, die „zwei“ vor dem Komma zu retten. Insgesamt sollen rund zwei Milliarden US-Dollar (US\$) zur Verfügung gestellt werden, um die Folgen der Krise für lokale Firmen und Konsumenten abzufedern. Darüber hinaus wurde angekündigt, weitere 1,3 Milliarden US\$ über laufende Budgetmittel zuzuschießen. Ebenso ließ das Finanzministerium in den lokalen Medien verlauten, dass betroffenen Unternehmen längere und flexiblere Zahlungsfristen für Steuern eingeräumt werden.

USA: Nachfrage nach Handdesinfektionsmittel geht durch die Decke

San Francisco (GTAI) - Viele US-Privathaushalte betrachten Handdesinfektionsmittel im Zuge der Corona-Entwicklungen der letzten Wochen nicht mehr als eine Option, sondern als ein "Muss". Auch der Bedarf von Hotels und Gaststätten steigt erheblich. Ferner werden Freizeiteinrichtungen wie Fitnessstudios, Kinos, Diskotheken, Museen, Theater, Sporthallen und Tierparks nach einer weitgehenden Lockerung von Ausgangsbeschränkungen streng auf Hygiene achten und deutlich mehr Handdesinfektionsmittel nachfragen als vor der Krise. Noch größere Nachfragezuwächse werden im Krankenhausbereich erwartet. Machte der US-Gesamtmarkt für Handdesinfektionsmittel 2019 erst knapp 470 Millionen US-Dollar (US\$) aus, wird er nach Angaben von GTAI 2020 auf voraussichtlich rund 2.75 Millionen US\$ und 2021 weiter auf 4.29 Millionen US\$ anwachsen. In den Folgejahren bis 2025 wird er sukzessive auf knapp 1.47 Millionen US\$ zurückgehen.

USA: Mögliche Strukturveränderungen aufgrund der Corona-Pandemie

San Francisco (GTAI) - Im Zuge der Corona-Krise werden wohl viele Unternehmen

mehr Teile ihrer Produktion in die USA verlagern. Nicht im großen Stil, aber dennoch spürbar. Denn künftig wird deren Sicherheit eine wichtigere Rolle spielen müssen. Im Gegensatz zur Just-in-Time-Beschaffung werden Kosten dann voraussichtlich nicht mehr in erster Linie ausschlaggebend sein. Bereits vor der Krise haben einige US-Unternehmen im Zuge des Handelsstreits der USA mit China ihre Produktion aus dem Land der Mitte verlegt. Die meisten wie Google und Microsoft aber nach Südostasien – und nicht, wie von US-Präsident Donald Trump gewollt, zurück in die USA. Da im Zuge der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus globale Lieferketten unterbrochen wurden, könnte sich die Produktion von Zwischenprodukten nun verstärkt in Länder wie Mexiko und Brasilien verlagern – je nachdem, ob die Endprodukte für den nord- oder südamerikanischen Markt bestimmt sind. Betroffen sind hiervon vor allem der Elektronik- und der Kfz-Bereich. Vermutlich wird das aber nicht auf allzu breiter Basis geschehen, denn bei vielen Produkten ist das leichter gesagt als getan: So braucht es zum Beispiel etwa 200 Zulieferer aus mehr als 40 Ländern, um ein iPhone herzustellen. Laut einer Analyse von Shipping and Freight Resource, einem Bildungsblog für die Frachtschifffahrt, wollen mehr als drei Viertel der befragten rund 130 US-Logistikunternehmen in neue Technologien investieren. Viele dieser Unternehmen werden sich auf die Automatisierung von Arbeitsprozessen konzentrieren. Parallel dazu werden sie ihre Büros voraussichtlich zum Teil erheblich verkleinern. Unternehmen mit globalen Lieferketten werden fortan wohl auch stärker auf Künstliche Intelligenz setzen, um mögliche Störungen oder schwache Glieder in Lieferketten frühzeitig aufzuspüren, sowie auf verstärkte Diversifizierung. Kurzum: Vor allem die Lagerwirtschaft steht vor großen Veränderungen. Im Bereich Medizintechnik versuchen die Hersteller nach Kräften, sich auf die Produktion dringend benötigter Gerätschaften zur Behandlung von Corona-Infizierten, wie Beatmungsgeräte und Dosierinhalatoren, umzustellen. Da in den US-Lieferketten in dem Bereich eine starke Abhängigkeit von China besteht, sind auch hier Maßnahmen zu erwarten, die die heimische Produktion weniger verwundbar machen. Zumal sich Republikaner und Demokraten einig sind, dass die Politik darauf hinwirken sollte, die medizinische Versorgungskette weg von China zurück in die USA zu holen. Wie akut der Mangel ist, zeigt sich unter anderem an der teilweisen Aussetzung von US-Sonderzöllen auf Medizintechnik aus China und der wie-

derholten Anwendung des „Defense Production Act“. Dadurch wurde General Motors verpflichtet, in seinen vorübergehend stillgelegten Werken Beatmungsgeräte zu produzieren. Auch Arzneimittelhersteller sind stark von pharmazeutischen Inhaltsstoffen aus China abhängig. Fast drei Viertel der Anlagen zur Herstellung von Wirkstoffen für in den USA verkaufte Medikamente befinden sich laut der Behörde für Lebens- und Arzneimittel FDA außerhalb der USA. Doch würde der Wiederaufbau der Pharmaproduktion in den USA viel Geduld – womöglich ein bis zwei Jahrzehnte – und Investitionen in Milliardenhöhe erfordern. Die Pharmariesen zurück „nach Hause“ in die USA zu locken, würde daher wohl erheblicher staatlicher Anreize bedürfen. Insgesamt und branchenübergreifend ist davon auszugehen, dass US-Unternehmen zumindest „sensible“ Teile in ihrem Unternehmensverbund in den USA ansiedeln werden, damit der Gesamtbetrieb bei einer Unterbrechung der Lieferketten nicht zum Erliegen kommen kann. Die Tendenz zu protektionistischer Politik, insbesondere gegenüber China, wird in den USA durch die Corona-Krise eher verstärkt. Um US-Ansiedlungen in den Bereichen Arzneimittel und medizinische Waren zu fördern, erwägt Washington die Einführung von „Buy American“-Klauseln auch für solche Güter. Solche Local-Content-Vorschriften verpflichten die Behörden, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Produkte zu bevorzugen, die in den USA hergestellt wurden.

Veröffentlichungen

AHK Word Business Outlook 2020

Die Weltwirtschaft und damit die Geschäfte deutscher Unternehmen im Ausland befinden sich in einer handfesten Krise. Die geringere Nachfrage nach den Produkten und Dienstleistungen, aber auch Reiseeinschränkungen, die Absage von Messen oder die Stornierung von Aufträgen machen den Unternehmen zu schaffen. Das sind die Ergebnisse des neuen World Business Outlooks der Deutschen Auslandshandelskammern (AHK), der auf den Angaben von mehr als 4.000 von den AHKs befragten Unternehmen. Die Gesamtergebnisse stehen hier zum Download bereit:

<https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/internationales/wbo-3424>

GTAI-Sonderseite: Coronavirus - wirtschaftliche Auswirkungen auf Auslandsmärkten

Germany Trade & Invest (GTAI) hat eine Sonderseite mit Informationen über die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen in allen Regionen zusammengestellt. Die Seite ist erreichbar unter:

<https://www.gtai.de/gtai-de/trade/specials/coronavirus-weltweit>

Allgemeines

Covid-19 Response: Bundesministerium fördert Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern

Zusätzlich zu Projekten aus den regulär stattfindenden develoPPP.de-Ideenwettbewerben fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) derzeit gezielt Maßnahmen, die mit bis zu 200.000 EUR ko-finanziert werden können. In Ausnahmefällen und in Übereinstimmung mit EU-Recht ist ein höherer Förderbetrag möglich. Der öffentliche Anteil kann für deutsche Unternehmen bis zu 50 % und für ausländische bis zu 100 % der Gesamtkosten umfassen. Weitere Information sowie alle Teilnahme-kriterien finden Sie auf: www.develoPPP.de/covid19

Kontaktstellen zum Thema Lieferketten

Die aktuelle COVID19-Pandemie setzt internationale Lieferketten unter Druck. Dabei ist es unabhängig von angeordneten Schließungen vielfach zu Produktionsproblemen und Produktionsstillstand gekommen, weil wesentliche Komponenten nicht geliefert wurden. Um unterbrochene Lieferketten wiederherzustellen, haben die Wirtschaftsministerien von Bund und Ländern Kontaktstellen für betroffene Unternehmen eingerichtet, die politisch helfen sollen, gestörte internationale Zulieferketten wieder aufzubauen. Die Kontaktstellen sind über zentrale E-Mail-Adressen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene erreichbar:

- kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de (Bundeswirtschaftsministerium)
- aussenwirtschaft@mw.niedersachsen.de (Wirtschaftsministerium des Landes Niedersachsen)

Für die Arbeit dieser Kontaktstellen bitten die Ministerien darum, die Probleme in der Lieferkette so spezifisch wie möglich zu benennen. Auch die konkreten Auswirkungen von Problemfeldern (z.B. Zahl der betroffenen Mitarbeiter) sind für die Argumentation der Bundesregierung gegenüber anderen Staaten hilfreich.

Matchmaking-Plattform Leverist.de

Auf der Matchmaking-Plattform Leverist.de können sowohl Unternehmen als auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit konkrete Bedarfe und Angebote im Zuge der Corona-Krise veröffentlichen. Die Plattform bietet Unternehmen aus aller Welt die Möglichkeit, Bedarfe in Entwicklungsländern finden und direkt mit den jeweiligen Ansprechpartnern in Kontakt zu treten:

<https://www.leverist.de/covid19>

Übersetzungs-Tool der Europäischen Kommission

Der maschinelle Übersetzungsdienst „eTranslation“ der Europäischen Kommission, der bislang ausschließlich von öffentlichen Einrichtungen genutzt werden konnte, ist ab sofort auch für Unternehmen zugänglich. Das Tool übersetzt Dokumente und Texte in 27 Sprachen. Hierzu zählen neben den 24 offiziellen Sprachen der EU auch Isländisch, Norwegisch und Russisch. Weitere Informationen unter:

<https://ec.europa.eu/cefdigital/wiki/display/CEFDIGITAL/eTranslation+for+SMEs>

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg

Ringstraße 4

26721 Emden

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden. Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden. Tagesaktuelle Veranstaltungsinformationen finden Sie unter:

www.ihk-emden.de

Ansprechpartner der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg:

Lars Heidemann

Tel. 04921 8901-24

E-Mail: lars.heidemann@emden.ihk.de

Meike Westerman

Tel. 04921 8901-31

E-Mail: meike.westerman@emden.ihk.de

Elke Wiertzema

Tel. 04921 8901-31

E-Mail: elke.wiertzema@emden.ihk.de

Bildnachweis: shutterstock.com



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

05 2020